

Thurgau würde besonders bestraft

Hauseigentümerverband Thurgau lehnt Zersiedelungsinitiative ab



Der Wohn- und Wirtschaftsraum im Thurgau soll sich auch in Zukunft sinnvoll entwickeln können, findet Konrad Häberlin, Präsident des HEV Region Steckborn.

Schon heute werde die Zersiedelung wirksam bekämpft, betont Konrad Häberlin, Präsident des Hauseigentümerverbands Region Steckborn (HEV Region Steckborn). Der Thurgau gehöre zu den Vorreitern. Die Zersiedelungsinitiative sei deshalb gar nicht nötig. Zudem gefährde sie Arbeitsplätze.

Am 10. Februar kommt die eidgenössische Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung» zur Abstimmung. Eingereicht wurde sie 2016 von den Jungen Grünen. Sie fordern einen vollständigen Einzonungsstopp. Bauzonen sollen nur noch ausgeschieden werden können, wenn an anderer Stelle eine gleichwertige Fläche ausgezont wird. «Kulturlandschaft

zu schützen, ist ein wichtiges Anliegen», sagt Konrad Häberlin, Präsident des HEV Region Steckborn. «Aber die Zersiedelungsinitiative ist der falsche Ansatz und zudem gar nicht nötig».

Thurgau vorbildlich unterwegs

Bereits seit 2014 sei nämlich das revidierte Raumplanungsgesetz in Kraft. Dieses strebt mehr innere Verdichtung an und legt fest, dass Gemeinden nur noch über Bauzonen für den Bedarf der nächsten 15 Jahre verfügen dürfen und andernfalls auszonieren müssen. Als einer der ersten Kantone hat der Thurgau seinen Richtplan bereits angepasst. «Mit der Zersiedelungsinitiative werden die Musterschüler wie der Thurgau zusätzlich bestraft», betont Konrad Häberlin. Der Thurgau habe im revidierten Richtplan konkrete Massnahmen vorgesehen, die Siedlungsentwicklung nachhaltig und umweltverträglich zu gestalten. Nun bereits wieder die Regeln zu ändern, sei kontraproduktiv.

Initiative gefährdet Arbeitsplätze

Würde die Initiative angenommen, kämen weitere einschneidende Folgen hinzu, ergänzt Häberlin: Die Boden- und Mietpreise würden aufgrund des knapper werdenden Baulands ansteigen. Das schränke nicht nur die zukünftige Entwicklung des Wohnraums, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung ein: «Es könnte zum Beispiel sein, dass ein Unternehmen in seiner Standortgemeinde schlicht kein Bauland mehr findet, um zu wachsen. Es müsste sich also andernorts umsehen und im schlimmsten Fall mitsamt der Arbeitsplätze abwandern». Viel wichtiger als die Zersiedelungsinitiative sei, dass die Gemeinden den kantonalen Richtplan nun umsetzen, wie es einige bereits gemacht hätten. So werde die Thurgauer Landschaft am besten geschützt.